S 4 RA 815/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung 10
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Leitsätze Die alleinige Geltendmachung und

Beitreibung von Lizenzgebühren auch im

Rahmen einer GmbH stellt keine

selbständige Tätigkeit im Sinne des § 44 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 SGB VI (Fassung bis

31.12.00).

Normenkette SGB VI (Fassung bis 31.12.00) § 44 Abs. 2

S. 2 Nr. 1

1. Instanz

Deskriptoren

Aktenzeichen S 4 RA 815/00 Datum 18.12.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 RA 505/01 Datum 31.01.2002

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des KlĤgers wird der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Reutlingen vom 18. Dezember 2000 aufgehoben. Die Beklagte wird unter AbĤnderung der Bescheide vom 7. September und 3. Dezember 1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 8. MĤrz 2000 verurteilt, dem KlĤger ab 1. November 1997 anstelle von BerufsunfĤhigkeitsrente Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit zu bewilligen.

Die Beklagte hat dem Kläger die auÃ∏ergerichtlichen Kosten beider RechtszÃ⅓ge zu erstatten.

Tatbestand:

Der KlĤger begehrt die WiedergewĤhrung von Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit.

Der am 1946 geborene (geschiedene) Kläger, Diplom-Ingenieur für Nachrichtentechnik, arbeitete zuletzt als (versicherungspflichtiger) System- und Organisationsprogrammierer bzw. Geschäftsleitungsassistent. Nachdem er am 20. April 1994 eine hypoxische Hirnschädigung als Folge einer fulminanten Lungenembolie erlitten hatte, bewilligte ihm die Beklagte mit Bescheid vom 3. September 1996 Rente wegen Erwerbsunfähigkeit für die Zeit vom 1. November 1994 bis 31. Oktober 1997, die mit Bescheid vom 6. November 1996 neu festgestellt wurde.

Unter dem 1. Oktober 1997 beantragte der Kläger, ihm die Rente Ã⅓ber den 31. Oktober 1997 hinaus weiter zu gewähren, wobei er auf dem am 2. Mai 1998 unterschriebenen Formularantrag bei der Frage nach einer selbständigen Erwerbstätigkeit eintrug: "ab Nov. 97 versucht, aber kein Erfolg". Die Beklagte erhob das Gutachten des Orthopäden Dr. C. vom 19. Juni 1998 und des Nervenarztes Dr. K. vom 15. Juni 1998. Dr. C. gelangte zu der Einschätzung, der Kläger könne in seinem Beruf nicht mehr arbeiten und sei (auch) erwerbsunfähig; Dr. K. nahm an, als Programmierer könne der Kläger nicht mehr tätig sein und im Ã⊡brigen nur noch leichte Arbeiten sitzend mit Unterbrechung unter 2 Stunden täglich verrichten.

Die Beklagte vermutete (wegen des genannten Eintrags auf dem formularmäÃ□igen Weitergewährungsantrag), der Kläger sei möglicherweise (noch) selbständig erwerbstätig, und bat ihn, hierzu Stellung zu nehmen. Da sich der Kläger nicht äuÃ□erte, lehnte die Beklagte den (Weitergewährungs)antrag des Klägers mit Bescheid vom 3. September 1998 unter Hinweis auf eine Verletzung der Mitwirkungspflicht ab und gewährte ihm mit Bescheid vom 7. September 1998 Rente (nur) wegen Berufsunfähigkeit fýr die Zeit von 1. November 1997 bis 31. Oktober 2000.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 1998 wandte sich der Kläger dagegen, dass die Beklagte ihm lediglich Berufsunfähigkeitsrente bewilligt habe, und trug hierzu vor, er sei damit befasst, eine Erfindung seines Vaters zu vermarkten, wofür man eine Firma gegründet habe. Er könne indessen aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbstätig sein. Mit Bescheid vom 3. Dezember 1998 gewährte die Beklagte, die das Schreiben vom 8. Oktober 1998 als Ã□berprüfungsantrag wertete, dem Kläger Rente wegen Berufsunfähigkeit auf Dauer; die im Bescheid vom 7. September 1998 ausgesprochene Befristung der Rentenzahlung auf den 31. Oktober 2000 hob sie auf. Erwerbsunfähigkeitsrente könne der Kläger indessen nach wie vor nicht beanspruchen, weil er nicht nachgewiesen habe, dass er keine selbständige Erwerbstätigkeit ausübe. Deshalb gehe man davon aus, dass er selbständig erwerbstätig sei.

Mit Schreiben vom 7. Januar 1999 erhob der Kläger Widerspruch bzgl. Erwerbsunfähigkeit und trug vor, er verwalte eine Erfindung seines Vaters aus dem Jahr 1968. Die wesentlichen Tätigkeiten erledige ein Patentanwalt. Die Beklagte forderte den Kläger auf, hierzu weiter vorzutragen, und sicherte ihm mit Bescheid vom 4. März 1999 gemäÃ□ § 34 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) zu, dass man ihn als dauerhaft erwerbsunfähig behandeln werde, wenn er seine

selbständige Erwerbstätigkeit binnen 6 Monaten aufgebe. Mit Schreiben vom 23. November 1999 forderte die Beklagte den Kläger erneut auf, Nachweise über seine selbständige Erwerbstätigkeit bzw. deren Aufgabe vorzulegen. Nachdem sie hierzu keine eindeutigen Erklärungen erhalten hatte, erlieÃ☐ sie den (abweisenden) Widerspruchsbescheid vom 8. März 2000; nach Aktenlage sei davon auszugehen, dass der Kläger selbständig erwerbstätig sei, weil er das Gegenteil nicht belegt habe.

Mit Schreiben vom 14. MĤrz 2000 trug der KlĤger vor, § 44 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI, in der bis 31. Dezember 2000 geltenden Fassung â∏ a.F. -), wonach nicht erwerbsunfähig sei, wer eine selbständige TÃxtigkeit ausübe, verletzte sein Recht auf Arbeit und den Gleichheitssatz und sei deshalb verfassungswidrig. Au̸erdem erhob er am 28. März 2000 Klage beim Sozialgericht Reutlingen. Er sei aus gesundheitlichen Gründen erwerbsunfähig. Bis MÃxrz 1994 habe er erfolgreich eine Lizenz vermarktet (für einen von ihm 1993 â∏ während einer Zeit der Arbeitslosigkeit â∏ entwickelten Lautsprecher); am 20. April 1994 habe er dann die Lungenembolie mit HirnschÄxdigung erlitten. Zuvor habe sich die Fa. G. AG (zustĤndig sei G. Portugal gewesen) in Unkenntnis seiner Erkrankung eine ausschlie̸liche Lizenz an seiner Erfindung gesichert und damit einen Mitarbeitervertrag verbunden. Letztmals sei er am 14. MÃxrz 1994, eine Woche vor der Lungenembolie, beratend tÄxtig gewesen; seither habe er nichts mehr getan, bis sein Vater sich eingeschaltet habe. Nachdem die Fa. G. AG erfahren habe, dass er nicht mehr arbeiten kA¶nne, habe sie die ErfA¼llung des (Lizenz)vertrags verweigert; sie habe â∏ entgegen anwaltlicher EinschĤtzung â∏ die Auffassung vertreten, beide VertrĤge (Lizenz- und Mitarbeitervertrag) hingen zusammen. Wegen der laufenden (Patent)verpflichtungen habe er schlie̸lich Schulden von 55.000.- DM gehabt, bis ihm sein Vater im Rahmen eines "Ingenieurb \tilde{A}^{1}_{4} ros GbR" zum 1. Januar 1998 bei der teilweisen Durchsetzung des Vertrags geholfen habe. Sein Vater habe aber auf einer Sicherheit bestanden, nachdem er ihn, den KlĤger, schon zuvor im Rahmen erfolgloser Patente finanziell unterstützt gehabt habe. Deshalb sei eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegrýndet worden, bei der dem Vater wegen seiner, des Klägers, Behinderung die sachliche Leitung vorbehalten gewesen sei; sein Vater habe auch alle Unterlagen zur Verwertung (der Lizenz) gehabt. Dafür habe er die Finanzierung von AnwÄxlten übernommen. Seither habe die Fa. G. AG bis zur Vertragskündigung auch einigermaÃ∏en pünktlich gezahlt. Mittlerweile sei sein Vater allerdings ebenfalls schwer (krebs)krank. FÃ1/4r den Rentenanspruch könne es keine Rolle spielen, wenn er aus seiner "Tätigkeit" im Rahmen der mit seinem Vater gebildeten Gesellschaft bürgerlichen Rechts (Lizenz)Einnahmen erziele. Seine TÃxtigkeit sei eigentlich gar nicht auf Erwerb gerichtet.

Mit Gerichtsbescheid vom 18. Dezember 2000 wies das Sozialgericht die Klage ab. Zur Begrýndung führte es aus, der Kläger könne nach der â $\boxed{}$ für verfassungsgemäÃ $\boxed{}$ erachteten â $\boxed{}$ Vorschrift des § 44 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB VI (a.F.) Erwerbsunfähigkeitsrente nicht beanspruchen. Was man unter selbständiger Erwerbstätigkeit im Sinne dieser Vorschrift zu verstehen habe, sage das Gesetz nicht. Nach der Rechtsprechung sei selbständig erwerbstätig, wer im eigenen Namen und auf eigene Rechnung arbeite, eigenverantwortlich und

persönlich unabhängig entscheide und vom wirtschaftlichen Ergebnis unmittelbare Vor- oder Nachteile habe. Bei einer Gesellschaft genýge es, wenn entsprechender Einfluss genommen werden könne. Eine unternehmerähnliche Stellung sei ausreichend, etwa, wenn das Unternehmerrisiko (nur) anteilig getragen werde, dafÃ⅓r aber laufend unternehmerische Entscheidungen gefällt wÃ⅓rden. Gesellschafter einer Gesellschaft bÃ⅓rgerlichen Rechts seien, ohne dass es auf die Vertretungsregelung ankomme, typischerweise selbständig erwerbstätig, sofern der Gesellschaftszweck auf Erwerb gerichtet sei. Dass all das fÃ⅓r den Kläger zutreffe, stehe nach seinem Vorbringen auÃ∏er Zweifel. Der Gerichtsbescheid wurde dem Kläger mit einem am 18. Dezember 2000 zur Post gegebenen Einschreiben zugestellt.

Am 20. Januar 2001 hat der KlÄger Berufung eingelegt. Er trÄgt (ergÄgnzend und präzisierend) vor, er sei Inhaber eines Lizenzgegenstandes, den er durch Lizenzvertrag vom 3. April 1994 der Fa. G. AG gegen Zahlung einer Lizenzgebühr für die Zeit der Nutzung überlassen habe. Beim Einzug der Lizenzgebühr gehe es nicht um eine selbstĤndige ErwerbstĤtigkeit, sondern um die Erwirtschaftung eines Vermögensertrags, ähnlich der Fallgestaltung, dass Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung erzielt würden. Nach Abschluss des Lizenzvertrages habe er nichts mehr zu tun gehabt; sein Vertragspartner habe von ihm auch nichts verlangt. Er habe vielmehr für sein Patent von der Fa. G. AG â∏∏ ohne weiteres eigenes Zutun â∏ schlieÃ∏lich seine Lizenzgebühren erhalten. Dass er dafür mit seinem Vater eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet habe, könne keine ausschlaggebende Rolle spielen. Denn der Gesellschaftszweck bestehe ausschlie̸lich darin, ausstehende Lizenzgebühren, die die Fa. G. AG nicht zahlen wolle, einzufordern. Diese Gesellschaft habe er gründen müssen, weil für die Durchsetzung der Ansprüche erhebliche Mittel notwendig seien, er selbst kein Geld mehr habe und sein Vater â∏∏ für seine finanzielle Hilfe â∏ habe abgesichert sein wollen.

Der KlAxger beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Reutlingen vom 18. Dezember 2000 aufzuheben und die Beklagte unter AbĤnderung der Bescheide vom 7. September und 3. Dezember 1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 8. MĤrz 2000 zu verurteilen, ihm fļr die Zeit ab 1. November 1997 anstelle von BerufsunfĤhigkeitsrente Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie h \tilde{A} xlt den angefochtenen Gerichtsbescheid f \tilde{A} 1/4r zutreffend.

Einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz des Klägers lehnte das Sozialgericht Reutlingen mit Beschluss vom 25. April 2000 (S 4 RA 816/00 ER) ab. Die dagegen eingelegte Beschwerde des Klägers wies der Senat mit Beschluss vom 20. Juli 2000 (L 10 RA 2221/00 ER-B) zurück.

Mit Beschluss vom 8. November 2001 hat der Senat dem Kläger unter Beiordnung des Prozessbevollmächtigten Prozesskostenhilfe fýr das Berufungsverfahren bewilligt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf deren SchriftsÄxtze sowie die Akten der Beklagten, des Sozialgerichts und des Senats Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die gemäÃ□ <u>§Â§ 143</u>, <u>144</u>, <u>151</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) zulässige Berufung des Klägers ist begrþndet. Ihm steht für die Zeit ab 1. November 1997 Rente wegen Erwerbsunfähigkeit i.S.d. <u>§ 44 SGB VI</u> a.F. zu, die ihm die Beklagte (im Wege des Ã□berprþfungsverfahrens nach <u>§ 44 SGB X</u>) hätte bewilligen müssen. Hierfþr sind folgende Erwägungen des Senats maÃ□geblich:

Mit dem Sozialgericht hÄxlt auch der Senat die Regelung des § 44 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB VI a.F. für verfassungsmäÃ∏ig; insoweit wird auf die zutreffenden Ausführungen in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Gerichtsbescheids verwiesen. Was die Anwendung dieser Vorschrift anbelangt, hat das Sozialgericht ebenfalls zutreffend dargelegt, wie der Begriff der selbstĤndigen ErwerbstĤtigkeit auszulegen ist; hierļber streiten die Beteiligten auch nicht. Allerdings hat das Sozialgericht zu Unrecht angenommen, der KlĤger übe eine selbstĤndige ErwerbstĤtigkeit in diesem Sinne aus. Der (unter den Beteiligten unstreitige) Sachverhalt trägt diese Einschätzung nicht. Denn die Tätigkeit des KIägers erschöpft sich (unwidersprochen und ohne dass insoweit Zweifel bestünden) darin, Lizenzgebühren aus seinem Patent â∏ mit der Hilfe seines Vaters, auf die er offenbar angewiesen ist â∏ geltend zu machen und beizutreiben. Nur hierauf ist der Gesellschaftszweck der aus dem KlĤger und seinem Vater bestehenden Gesellschaft bA1/4rgerlichen Rechts gerichtet. Damit steht vorliegend aber, wie der KlĤger mit Recht vorbringt, lediglich die Verwaltung des eigenen VermA¶gens in Rede und keine selbstAxndige ErwerbstAxtigkeit der Art, wie sie (allgemein) im angefochtenen Gerichtsbescheid richtig umschrieben ist. Dass sich die VermĶgensverwaltung auf einen Lizenzgegenstand richtet und zur Geltendmachung der Lizenzgebühren eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegrýndet wurde, ändert nichts. Im Kern geht es nach wie vor darum, Einkünfte aus dem eigenen Vermögen zu ziehen, nicht anders als in Fällen, in denen bspw. die Verwaltung einer eigenen Wohnung und das Einziehen (bzw. ggf. Beitreiben) der vereinbarten Wohnungsmiete in Rede stehen (vgl. zu einem solchen Fall â∏ wenngleich in anderem Zusammenhang â∏ das Senatsurteil v. 31. Mai 2001 â∏∏ L 10 LW 5087/00).

Offenbar haben die Angaben des Klägers auf dem formularmäÃ□igen Weitergewährungsantrag vom 2. Mai 1998 zu Missverständnissen gefÃ⅓hrt, die bislang nicht auszuräumen waren. Nach Ansicht des Senats steht nunmehr aber fest, dass der (aus medizinischer Sicht unstreitig erwerbsunfähige) Kläger (doch) nicht selbständig erwerbstätig war, sondern (nur) den Versuch unternommen hat, sein Patent zu verwerten, was der Gewährung von Erwerbsunfähigkeitsrente

nach Ma̸gabe des bis 31. Dezember 2000 geltenden Rechts freilich nicht im Weg steht.

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$. Da die Berufung des Kl \tilde{A} \cong gers Erfolg hat, sind ihm seine au \tilde{A} \cong ergerichtlichen Kosten beider Rechtsz \tilde{A} \cong 4 \cong 4 \cong 2 zu erstatten.

Die Revision ist nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen des $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{160 \text{ Abs. 2 SGG}}$ nicht erf $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{160 \text{ Abs. 2 SGG}}$

Erstellt am: 15.11.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024